

Geopolitik und sicherheitspolitisches Potenzial neuer regionaler Führungsmächte

Sören Scholvin und Hanspeter Mattes

Ob „Ankerstaaten“, „*pivotal states*“ oder „neue regionale Führungsmächte“ – um die globalen sicherheitspolitischen Ziele des Westens zu verwirklichen, wird in zahlreichen Strategien zunehmend auf regionale Partner gesetzt.

Analyse:

Samuel Huntingtons „Clash of Civilizations“ und Thomas Barnetts Modell einer extern zu stabilisierenden Gruppe kaum integrierter Staaten, der „Non-Integrated Gap“, prägen die derzeitige sicherheitspolitische Strategie der USA. Den USA gelingt es jedoch nicht, durch unilaterales Handeln Stabilität in Krisenregionen weltweit zu bringen, und selbst potenzielle Partner haben massive Probleme:

- Die Fähigkeit neuer regionaler Führungsmächte, regionales Krisenmanagement und stabilisierende Sicherheitspolitik zu betreiben, ist eng begrenzt: Während Brasilien eigenständig für Stabilität in einer wenig konfliktgeladenen Region sorgen kann, trifft dies auf Südafrika, Indonesien und Indien nur bedingt zu. China stellt eher einen Problemverursacher als einen Problemlöser dar.
- Ein grundlegendes Problem aller neuen regionalen Führungsmächte ist, dass von ihnen nur wenige Staaten der jeweiligen Region geführt werden wollen.
- Schließlich verbinden die neuen regionalen Führungsmächte mit ihrer Rolle als regionale Stabilisatoren Machtansprüche, die sich im Streben nach stärkerem internationalen Gewicht, beispielsweise in den Vereinten Nationen, ausdrücken. Dem nachzugeben mag der Preis für eine neue Multipolarität sein.

Key words: Regionale Führungsmächte, Sicherheitspolitik, Geopolitik, Brasilien, Südafrika, Indien, Indonesien, China

1. Geopolitische Modelle seit Ende der Blockkonfrontation

In einem 1993 in der Zeitschrift *Foreign Affairs* erschienenen Aufsatz formulierte Samuel Huntington (1993) erstmals seine These des *Clash of Civilizations*. Grundlegend bei dieser Betrachtung internationaler Beziehungen ist ein Wandel der Muster von Konflikten und Kriegen: Hätten seit der Oktoberrevolution an Ideologien – Kommunismus, Faschismus, Kapitalismus – ausgerichtete Blöcke im Zentrum internationaler Gegensätze gestanden, so sei nach 1991 der Antagonismus zwischen Kulturen, in erster Linie zwischen der westlichen Welt und allen nichtwestlichen Kulturen, in den Vordergrund getreten. Die *Cultural Fault Lines* zwischen den Kulturen seien die neuen Schauplätze internationaler – aber auch intrastaatlicher – Spannungen. Insbesondere die Randgebiete der islamischen Kultur (Sahel-Zone, Kaukasus, Hindukusch) beschreibt Huntington als konfliktträchtig. Doch insgesamt stellten sich alle nichtwestlichen Kulturen gegen den Westen, gegen dessen militärische, ökonomische und institutionelle Dominanz sowie vor allem gegen die hierdurch ermöglichte Verbreitung westlicher Werte und Systeme. Daher müsse der Westen eine Strategie mit den folgenden Kernzielen betreiben:

1. Überbrückung innerwestlicher Spannungen,
2. Verhinderung der Eskalation intrazivilisatorischer Konflikte,
3. Bündnisse mit prowestlichen Kräften anderer Kulturen,
4. Wahrung der Dominanz gegenüber der islamischen und konfuzianischen Kultur, auch durch Militärpräsenz, sowie
5. die Stärkung prowestlicher Institutionen und die Einbindung nichtwestlicher Staaten in diese Institutionen. Ziel einer solchen Strategie sei, die westliche Überlegenheit in wirtschaftlichen und militärischen Belangen zu erhalten, um westliche Interessen gegenüber anderen Kulturen, vor allem der islamischen und konfuzianischen, durchsetzen zu können.

Thomas Barnett (2003) unterteilt die Welt in zwei Regionen: den *Functioning Core* einerseits und die *Non-Integrated Gap* andererseits. Erstgenannte Region umfasse die Erste Welt und aufstrebende Mächte wie Russland, China, Indien, Südafrika, Brasilien, Argentinien und Mexiko. Charakteristisch für diesen funktionierenden Kern ist nach Barnett dessen intensive Einbettung in globale Netzwerke und Interdependenzen. Mit anderen Worten: Der funktionierende Kern sei die globali-

sierte Welt, was sich in Wohlstand, Sicherheit und Stabilität ausdrücke. Mit der *Non-Integrated Gap* stünden ihm Staaten gegenüber, die von Armut, Unsicherheit und Instabilität gekennzeichnet seien und infolge ihrer geringen globalen Verknüpftheit ein allgemeines Sicherheitsrisiko darstellten. An den von der Globalisierung am stärksten abgeschotteten Stellen dieser globalen Sicherheitslücke formierten sich transnationale terroristische Organisationen, die zunächst zur Bedrohung für die Saumstaaten der Sicherheitslücke würden und schließlich den funktionierenden Kern bedrohten. In Ländern wie Marokko, der Türkei, Pakistan und den Philippinen, Regionen wie dem Kaukasus, Chinas westlichen Provinzen und Bali, dem Ziel australischer Touristen, schwappe die Instabilität von der Sicherheitslücke in den Kern über und gefährde diesen, wie die Anschläge vom 11. September gezeigt hätten, in seiner Gesamtheit. Als Antwort auf diese Bedrohung schlägt Barnett die militärische Kontrolle der *Non-Integrated Gap* durch den *Functioning Core* vor. Für einen solchen umfassenden Export von Sicherheit, der notwendige Bedingung für Demokratie und Wohlstand sei, verfügten lediglich die USA über die erforderlichen Mittel. Insofern gleicht Barnetts Konzept demjenigen von Huntington, weil er offen für westliche Kontrolle über Regionen plädiert, die als Ausgangspunkt von Bedrohung wahrgenommen werden.

2. Die USA: Schwäche der etablierten Führungsmacht

Immanuel Wallerstein (2003) macht den Niedergang der USA als globale Führungsmacht an vier Ereignissen fest: dem Vietnamkrieg, den Protesten des Jahres 1968, dem Fall der Berliner Mauer und den Anschlägen vom 11. September. Durch die hohen Kosten des Einsatzes in Vietnam habe Washington seine wirtschaftliche Dominanz verloren. Die 1968er-Bewegung habe gezeigt, dass die offizielle US-Ideologie – antifaschistisch, antikommunistisch, antikolonialistisch – einen wachsenden Teil der Weltbevölkerung nicht mehr überzeuge. Dieser Legitimitätsverlust sei durch den Zusammenbruch der Sowjetunion verstärkt worden, weil der Wegfall des Hauptgegners der USA deren Anspruch auf die Führungsrolle in der nichtkommunistischen Welt die Grundlage entzogen habe. Schließlich stelle der 11. September

den erfolgreichen Angriff eines im traditionellen Verständnis militärischen Winzlings auf US-Territorium dar. Die Antwort der Regierung Bush, so Wallerstein, sei ein verzweifelter Versuch, die US-amerikanische Stellung als globaler Hegemon durch militärische Stärke zu wahren und auf diese Weise einer zunehmenden Marginalisierung entgegenzuwirken.

Empirisch wird die schwindende Fähigkeit Washingtons, unilateral Sicherheitspolitik zu betreiben, im Nahen und Mittleren Osten am deutlichsten, der – was Ressourcenversorgung und Kampf gegen den Terrorismus anbelangt – weltweit wichtigsten Region für die USA: Erstens hat sich die Besetzung des Irak entgegen etwaiger Hoffnungen der Regierung Bush nicht als Beginn der Demokratisierung des *Greater Middle East* erwiesen, sondern Antiamerikanismus in bisher kaum gekannten Ausmaßen gefördert und zusammen mit dem anhaltenden Krieg in Afghanistan zu einer Überlastung des US-Militärs geführt, das an keinem der beiden Kriegsschauplätze überzeugende Erfolge bei der Bekämpfung von Aufständischen, Kriminellen und Terroristen vorweisen kann. Zweitens hat es die US-Regierung nicht geschafft, das iranische Atomprogramm zu stoppen oder gar einen Regimewechsel in Teheran herbeizuführen. Die Vorreiterrolle von EU-Troika und IAEA (International Atomic Energy Agency) bei den Verhandlungen mit Teheran verdeutlicht, wie wenig handlungsfähig Washington zurzeit auf dem diplomatischen Parkett in puncto Iran ist. Auch scheiterte der Versuch, Russland und China für einen härteren Kurs zu gewinnen. Drittens ist es der Regierung Bush nicht gelungen, den Nahostkonflikt in den Griff zu bekommen. Viertens befindet sich das US-amerikanische Verhältnis zu Schlüsselpartnern im Vorderen Orient in einer tiefen Krise. So haben der Dritte Golfkrieg und das Erstarken kurdischer Guerillas im Nordirak zu Spannungen mit der Türkei geführt. Wie die Weigerung des türkischen Parlaments, Militäreinrichtungen für die Invasion des Irak bereitzustellen, gezeigt hat, können sich die USA nicht mehr auf die absolute Gefolgschaft der Türkei verlassen. Des Weiteren belastet das Beharren Washingtons auf wirklicher Demokratisierung das US-amerikanisch-ägyptische Verhältnis.

3. Das Potenzial neuer regionaler Führungsmächte als sicherheitspolitische Akteure

Die Gegenüberstellung gegenwärtiger geopolitischer Leitmodelle mit der Schwäche der USA zeigt, dass aus US-amerikanischer Sicht eine enorme Diskrepanz zwischen Handlungsbedarf und Handlungspotenzial besteht. Folglich sind alternative Akteure zu suchen, die in der Lage sein könnten, an der Bewältigung gegenwärtiger sicherheitspolitischer Herausforderungen mitzuwirken. Lässt man internationale Organisationen außer Betracht, da diese lediglich Zusammenschlüsse souveräner und somit letztendlich ihren eigenen Interessen verpflichteter Nationalstaaten sind, liegt eine Analyse des sicherheitspolitischen Potenzials neuer regionaler Führungsmächte nahe, denn diese zeichnen sich qua Definition durch eine herausgehobene Stellung in ihrer jeweiligen Region aus.

3.1. Brasilien

Bereits Anfang der 1990er Jahre zeichnete sich unter der Präsidentschaft Itamar Francos ein machtpolitisches Aufstreben Brasiliens ab, das seinen Ausdruck in der Teilnahme an zahlreichen UN-Friedensmissionen, dem Streben nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat und der Förderung verschiedener regionaler Integrationsprogramme fand. Den USA, bis dato in sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Belangen tonangebend, wurde noch vor der Amtsübernahme Lula da Silvas in Sicherheitsfragen teils scharf widersprochen.

Unter Präsident da Silva hat Brasilien sich sowohl als regionale Führungsmacht wie auch als Vertreter des Südens auf dem internationalen Parkett etabliert. Auf globaler Ebene stellen Gründung und Stabilisierung der G20 das Meisterstück brasilianischer Außenpolitik dar. Im regionalen Kontext ist die brasilianische Regierung zum einen wirtschaftspolitisch aktiv, indem sie Integrationsprojekte wie eine Freihandelszone des MERCOSUR (Mercado Común del Sur) mit der Andengemeinschaft vorantreibt sowie in Verhandlungen des MERCOSUR mit den USA und der EU eine Führungsrolle einnimmt. Zum anderen ist sie bemüht, sicherheitspolitischen Sprengstoff zu entschärfen. Beispiele hierfür sind die Versuche im Jahr 2003, zwischen der Regierung Chávez und

der venezolanischen Opposition zu vermitteln und den Machtwechsel von Gonzalo Sánchez de Lozada zu Carlos Mesa mit anschließenden Neuwahlen in Bolivien friedlich zu gestalten. Mit der Führung der seit 2004 laufenden UN-Mission auf Haiti übernimmt Brasilien darüber hinaus sicherheitspolitische Verantwortung. Vor allem die USA begrüßen die brasilianische Führungsrolle, weil sie in Brasilien den entscheidenden Stabilisator für Südamerika und in Lula ein linkes, moderates Gegengewicht zum Populisten Hugo Chávez sehen.

Zweifellos nimmt Brasilien eine herausragende Stellung in Südamerika ein und kann als neue regionale Führungsmacht bezeichnet werden. Allerdings unterliegt dieser Status gewissen Einschränkungen: Erstens fürchten die anderen Staaten Südamerikas, dass Brasilien den MERCOSUR nur aus eigenem Hegemoniebestreben vorantreibt. Zweitens wird Brasilien nicht ausnahmslos als Führungsmacht anerkannt, vor allem nicht von Venezuela, das im Sinne Barnetts den *Hotspot* der Region darstellt. Gerade angesichts der von Präsident Chávez lancierten bolivarschen Alternative für Süd- und Nordamerika stellt sich die Frage, ob die brasilianische Regierung gewillt ist, die notwendigen Kosten für eine regionale Integration unter eigener Hegemonie überhaupt aufzubringen oder statt dessen nur auf globales Renommé setzen wird (Flemes 2007). Während es bereits gelungen ist, sich als Interessenvertreter der Entwicklungs- und Schwellenländer zu etablieren, fehlt es drittens an sicherheitspolitischen Konzepten, die in Anbetracht von Drogenkriminalität und venezolanischem Revolutionsexport notwendig sind. Dieses Manko spiegelt sich darin wider, dass Brasilien im Vergleich zu anderen regionalen Führungsmächten über einen relativ geringen Militärhaushalt verfügt. Auch werden militärische Mittel der Sicherheitspolitik weder in der Öffentlichkeit des Landes noch im Parlament breit diskutiert.

3.2. Südafrika

Nach dem Ende der Apartheid erklärte Nelson Mandela, Menschenrechte stünden von nun an im Mittelpunkt der Außenpolitik seines Landes. Auf militärische Aggression wolle man verzichten – die Armee solle nur zu Landesverteidigung und Peacekeeping dienen. Zwei Schwerpunkte der neuen Außenpolitik ergaben sich aus diesem

Ansatz: Zum einen engagierte sich Südafrika in globalen und regionalen Organisationen von der WTO (Welthandelsorganisation) über die UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development) bis zur SADC (Southern African Development Community) und African Union. Ein ständiger Sitz im Sicherheitsrat wurde angestrebt. Von der wirtschaftlichen und institutionellen Überlegenheit gegenüber allen anderen Staaten des subsaharischen Afrika, aber auch aus dem Selbstverständnis, ein guter Hegemon zu sein, rührt die intensive Bemühung um ökonomischen Fortschritt und Friedenssicherung auf dem Kontinent her. Jedoch zeigte sich bereits während der Präsidentschaft Mandelas, dass diese offensive Menschenrechtspolitik auf wenig Gegenliebe anderer afrikanischer Staaten stieß. In der Konfrontation mit Nigeria 1996 im Zusammenhang mit der Exekution Oppositioneller durch das dortige Militärregime wurde deutlich, wie eng die Grenzen für Pretoria waren, wenn es darum ging, sich in vermeintlich interne Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen.

Als Lehre hieraus vollzog Präsident Thabo Mbeki einen Politikwechsel hin zu mehr Pragmatismus: Während der Nachfolger Mandelas weiterhin von Menschenrechten und Demokratie spricht, vermeidet er eine offene Konfrontation mit Robert Mugabe, bewertet also Simbabwe nationale Souveränität ganz im Gegensatz zu den Zielen, die Mandela 1994 proklamierte, höher als Menschenrechtsfragen. Friedenseinsätze der südafrikanischen Armee, wie der Einmarsch 1998 in Lesotho, verdeutlichen gleichzeitig Potenzial und enge Grenzen militärischer Krisenreaktion des Landes. Während Südafrika bei der Stabilisierung Burundis bereits eine Führungsrolle übernimmt, agiert es in anderen afrikanischen Konflikten, wie dem Dauerbrennpunkt Kongo und dem Grenzkonflikt zwischen Äthiopien und Eritrea, nur unter Führung externer Kräfte. Eindeutig erfolgreich ist Südafrika als Zivilmacht: Bei Konflikten vom Sudan über die Elfenbeinküste bis zum Kongo ist seine Regierung als Vermittler aktiv. Gegenüber internationalen Institutionen, beispielsweise den G8, tritt die südafrikanische Regierung ähnlich wie Ägypten und Nigeria gerne als Repräsentantin des ganzen Kontinents auf (Barber 2005).

Festzuhalten bleibt, dass Südafrika das Potenzial zu sicherheitspolitischem Handeln als regionaler Hegemon nur eingeschränkt besitzt (Erdmann 2007). Ähnlich wie im Falle Brasiliens zeich-

net sich Südafrika in erster Linie als Vermittler aus, ist gegenwärtig allerdings nicht bereit, Problemstaaten wie Simbabwe unter erhöhten Druck zu setzen. Dominanz und Anerkennung Pretorias sind auf dem afrikanischen Kontinent weit weniger stark ausgeprägt, als auf den ersten Blick oft vermutet wird. Mit anderen Worten: Sucht man nach Ländern, die sich von der vermeintlichen Führungsmacht führen lassen, so können hier nicht einmal alle direkten Nachbarstaaten genannt werden.

3.3. Indonesien

Indonesien ist in zweierlei Hinsicht für die Geopolitik des 21. Jahrhunderts von Bedeutung: Einerseits stellt der ethnisch-religiös fragmentierte Inselstaat einen *Hotspot* in Barnetts Modell dar. Separatismus birgt, wie die Beispiele Osttimor und Aceh zeigen, Gefahren wie grenzüberschreitende Flüchtlingsbewegungen und die Zunahme von Kriminalität. Solche durch Separatismus begünstigte Kriminalität stellt insofern ein globales Sicherheitsrisiko dar, als die indonesische Inselwelt ein Nadelöhr der Schifffahrtsrouten zwischen den Wirtschaftszentren Ostasiens und den Ressourcen des Persischen Golfs ist. Andererseits nimmt Indonesien als zumindest bis 1997 anerkannte Führungsmacht der ASEAN (Association of Southeast Asian Nations) sowohl für Australien als vorgelagertes Sicherheitsbollwerk wie auch für die USA als Gegengewicht zur chinesischen Expansion nach Südostasien eine zentrale geostrategische Rolle ein (Dibb 2001). Während es jedoch zur Zeit der Neuen Ordnung unter Präsident Suharto von 1967 bis 1998 überzeugend die Rolle eines regionalen Hegemons ausfüllte und zur Stabilisierung Südasiens beitragen konnte, haben die Asienkrise 1997, die Demütigung durch den Rückzug aus Osttimor 1998 und der Aufstieg Thailands zum wirtschaftlich stärksten Staat der ASEAN zu einem Machtverlust Indonesiens geführt.

Demokratisierung und wirtschaftliche Konsolidierung sind die wichtigsten Herausforderungen, will man die Integrität und Stabilität dieses Staates wahren. Gleichzeitig bietet ein demokratisiertes, wirtschaftlich prosperierendes Indonesien die Chance, als bevölkerungsreichster muslimischer Staat zum Vorbild für die muslimische Welt und andere ethnisch-religiös fragmentierte Staaten zu werden. Zunächst könnte Jakarta im Sinne einer

prowestlichen Sicherheitsstrategie bei Sicherheitsproblemen in der Region, dann als wohlwollende Führungsmacht der ASEAN stabilisierend in enger Zusammenarbeit mit den USA, Australien und Neuseeland agieren. Auch ein Engagement im Nahostkonflikt, wie bereits von Teilen der muslimischen Bevölkerung des Landes gefordert, käme in Betracht. Als Vertreter gemäßigt propalästinensischer Standpunkte (souveräner Staat Palästina neben Israel in seinen Grenzen von 1967 als Bedingung für die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen) könnte Indonesien durchaus zur Entschärfung des Konfliktes beitragen. Allerdings sollten trotz Beteiligung an der UN-Mission im Libanon mit immerhin 850 Soldaten und gegenwärtiger nichtständiger Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat nicht allzu große Hoffnungen auf die indonesische Regierung als Moderatorin im Nahostkonflikt gesetzt werden. Zu eng war und ist der Handlungsspielraum jeder indonesischen Regierung, die angesichts der Abhängigkeit vom Westen zwischen diesem und den oft radikalen Forderungen eines zumindest lautstarken Teils der muslimischen Bevölkerung und der islamischen Organisationen balancieren muss. Was auch in Bezug auf den Nahostkonflikt über die Rolle Jakartas entscheidet, sind weniger die Möglichkeiten der indonesischen Regierung, moderierend auf die Konfliktparteien einzuwirken, als vielmehr die Anerkennung durch bereits involvierte Akteure (Perwita 2007).

Somit stellen sich die Perspektiven Indonesiens, ein überregional relevanter sicherheitspolitischer Akteur zu werden, als äußerst fragwürdig dar. Selbst indonesische Politikberater attestierten der eigenen Regierung einen Strategiemangel und wenig durchdachtes Vorgehen bei den Versuchen, sich als Vermittler im Nahostkonflikt, dem Streit um das iranische Atomprogramm oder die Frage nach Möglichkeiten zur Stabilisierung des Irak ins Spiel zu bringen. Folglich plädieren Experten des *Centre for Strategic and International Studies* in Jakarta dafür, dass Indonesien sich auf seine stabilisierende Rolle in Südostasien konzentrieren solle. Angesichts des am Widerstand der anderen ASEAN-Mitglieder gescheiterten Projektes einer gemeinsamen, ständig abrufbereiten Peacekeeping-Truppe stellt sich allerdings wie im Falle Südafrikas die Frage, welche Staaten sich einer Führungsmacht Indonesien unterordnen sollen.

3.4. Indien

In einer im Mai 2007 am *International Institute of Strategic Studies* in London gehaltenen Rede erklärte Außenminister Shri Shivshankar Menon, seinem Land komme allein auf Grund seiner geographischen Lage – der längsten Grenze mit China, der Nachbarschaft mit Zentralasien und Indonesien sowie der Nähe zu geostrategischen Schlüsselzonen wie dem Persischen Golf oder der Straße von Malakka – eine einzigartige Position in sicherheitspolitischer Hinsicht zu. Von der islamistischen Bedrohung in Afghanistan und Pakistan über die Bürgerkriege in Nepal und Sri Lanka bis zur Demokratisierung in Bangladesch stehe man dabei vor einer Vielzahl von Herausforderungen.

Regional ist auf den ersten Blick der Konflikt zwischen Indien und Pakistan beherrschend, jedoch unterhält Neu-Delhi äußerst gute Beziehungen zu den Staaten Zentralasiens. Indiens Beobachterstatus in der *Shanghai Cooperation Organisation* kann genauso wie die Unterstützung Kasachstans und Tadschikistans für die indischen Bemühungen um einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat als Beleg hierfür gelten. Insbesondere mit Tadschikistan und Usbekistan wird bei der Bekämpfung des Terrorismus eng zusammengearbeitet (Lal 2006). Zusätzlich zu Zentralasien kommt Indochina, vielleicht sogar ganz Südostasien als Betätigungsfeld für indische Sicherheitspolitik in Frage. So deutet die derzeitige Modernisierung der indischen Marine, vor allem was Transportkapazitäten anbelangt, darauf hin, dass die Regierung in Neu-Delhi militärische Interventionen in den Nachbarstaaten zumindest als denkbare Option in ihre strategische Planung einbezieht (Khurana 2006). Gemindert wird das sicherheitspolitische Potenzial Indiens allerdings durch den sich besonders in Indochina verschärfenden Gegensatz zu China, der angesichts des Werbens beider Giganten um die Gunst der ressourcenreichen Staaten dieser Region und der Angst vieler indischer Politiker vor einer Umklammerung durch die chinesische Expansion nach Zentral- und Südostasien enormen Zündstoff in sich trägt. Auch stellt Indien weitgehende machtpolitische Forderungen: Ein ständiger Sitz im UN-Sicherheitsrat und die Beteiligung an einem etwaigen Nuklearwaffenregime für die asiatische Region stehen ganz oben auf der Liste eines Landes, das als Gegenleistung für seine Mitwirkung an einer

prowestlichen Sicherheitspolitik als Großmacht anerkannt werden möchte. Auch sollte nicht übersehen werden, dass der Begriff „regionale Führungsmacht“ für Indien in zweierlei Hinsicht problematisch ist: Erstens ist fraglich, welche Staaten von der so genannten Führungsmacht geführt werden. Zweitens lässt sich die Region, in der Indien als führender sicherheitspolitischer Akteur wirken könnte, nicht klar abgrenzen.

3.5. China

Dass China sich in der jüngsten Vergangenheit zu einem Akteur globaler Bedeutung entwickelt hat, kann kaum in Zweifel gezogen werden. Zwei Aspekte unterscheiden China von den bereits vorgestellten neuen regionalen Führungsmächten: Erstens ist das Reich der Mitte kein regional begrenzter Akteur, sondern agiert in Afrika, Lateinamerika und dem Vorderen Orient mit gleicher Selbstverständlichkeit wie in Zentral- und Südostasien. Zweitens zielt seine Politik nicht auf Stabilisierung und Konfliktmanagement. Derartige Bemühungen werden sogar durch die offensive chinesische Ressourcensicherungsstrategie konterkariert. Deutlichstes Beispiel hierfür ist sicherlich der Sudan, wo die Produktion von Erdöl zu einem guten Teil in den Händen chinesischer Unternehmen liegt. Dass China nicht nur gegen die sudanesischen Regierung gerichtete Anträge im UN-Sicherheitsrat blockiert oder verwässert, sondern als Devisenzahler wesentlich zu deren Machterhalt beiträgt, steht afrikanischen und westlichen Bemühungen, den Sudan zu stabilisieren, eher entgegen. Nicht nur dort, auch in Angola, Simbabwe und zahlreichen anderen afrikanischen Staaten findet Pekings Doktrin der konsequenten Nichteinmischung in interne Angelegenheiten Zuspruch bei den herrschenden Eliten, die ihre Macht durch westliche Einflussnahme gefährdet sehen. Neben den Instabilitätszonen Afrikas kommt Iran große Bedeutung für China zu. Hier entsteht auf Grund der Konfrontation zwischen Teheran und dem Westen, vor allem zwischen Teheran und Washington, ein rasch wachsendes Betätigungsfeld für chinesische Erdöl- und Erdgasfirmen. Druck auf Iran im Streit um das Atomprogramm auszuüben oder gar die Durchführung einer Militärintervention mit dem Ziel eines Systemwechsels liegen chinesischen Politikern folglich fern.

China ist als sicherheitspolitischer Akteur zwar qualitativ und geographisch weitaus potenter als die anderen angesprochenen neuen regionalen Führungsmächte. Daraus, dass Peking Ressourcenmangel und die Abhängigkeit von ausländischen Akteuren bei der Ressourcenversorgung als zentrales Sicherheitsproblem betrachtet (Craig 2007) und diesem durch eine Strategie begegnet, die der Stabilisierung konfliktreicher Regionen zumeist genau entgegenwirkt, folgt, dass die Volksrepublik bis auf ihr eigenes Staatsterritorium und dessen Peripherie kaum stabilisierend, sondern eher destabilisierend wirkt. Lediglich die westchinesische Provinz Xinjiang, in der islamistische Kräfte an Einfluss gewinnen, und Nordkorea, dessen weitere Destabilisierung beträchtliche Flüchtlingsströme nach China verursachen würde, werden als zu stabilisierende Krisenherde betrachtet.

4. Fazit und Ausblick

Dem naheliegenden Ansatz, neue regionale Führungsmächte bei sicherheitspolitischen Bestrebungen enger einzubeziehen und ihnen die Rolle regionaler Stabilisatoren zukommen zu lassen, müssen ambivalente und ernüchternde Erkenntnisse über deren tatsächliche Machtressourcen gegenübergestellt werden. Des Weiteren ist es höchst problematisch, die Außenpolitiken der untersuchten Staaten allein aus der Perspektive ihrer möglichen Instrumentalisierung durch den Westen zu betrachten, denn die außenpolitischen Ziele neuer regionaler Führungsmächte sind keineswegs immer mit den sicherheitspolitischen Interessen des Westens kongruent. Betrachtet man daher sowohl den unilateralen Ansatz der USA als auch die Zusammenarbeit mit wenigen strategischen Partnern als kaum Erfolg versprechend, muss man über Alternativen nachdenken. Folglich sollte bei einzelnen sicherheitspolitisch relevanten Aspekten zusätzlich die Kooperation mit neuen regionalen Mittelmächten wie Argentinien, Ägypten, Nigeria oder Thailand in Betracht gezogen werden.

Literatur

- Barber, J. (2005): The new South Africa's foreign policy: principles and practice, in: *International Affairs* 81.5, S. 1079-1096.
- Barnett, T. P. M. (2003): The Pentagon's New Map, in: *Esquire*, 01.03.2003, www.thomaspmbarnett.com/published/pentagonsnewmap.htm (Zugriff am 11.07.2007).
- Craig, S. L. (2007): Chinese Perceptions of Traditional and Nontraditional Security Threats, Carlisle.
- Dibb, P. (2001): Indonesia: the key to South-East Asia's security, in: *International Affairs* 77.4, S. 829-842.
- Erdmann, G. (2007): Südafrika – afrikanischer Hegemon oder Zivilmacht?, *GIGA Focus Afrika*, Nr. 2.
- Flemes, D. (2007): Brasilien – Regionalmacht mit globalen Ambitionen, *GIGA Focus Lateinamerika*, Nr. 6.
- Huntington, S. P. (1993): The Clash of Civilizations?, in: *Foreign Affairs* 72.3, S. 22-49.
- Khurana, G. S. (2006): The Indian Navy's Amphibious Leap: 'With a Little Help from America', in: *IDS Strategic Comments*, www.idsa.in/publications/stratcomments/gskhurana030406.htm (Zugriff am 28.06.2007).
- Lal, R. (2006): Central Asia and Its Asian Neighbours – Security and Commerce at the Crossroads, Santa Monica.
- Perwita, A. A. B. (2007): Indonesia and the Muslim World: islam and secularism in the foreign policy of Soeharto and beyond, *NIAS Reports* 50, Kopenhagen.
- Wallerstein, I. M. (2003): The decline of American power: the U.S. in a chaotic world, New York.

■ Die Autoren

Dr. Hanspeter Mattes ist stellvertretender Direktor des GIGA Institut für Nahost-Studien. Spezialgebiet: Innen- und Außenpolitik der nordafrikanischen Staaten, wirtschaftliche Transformationsprozesse, *soft-security*-Probleme, Migration.

E-Mail: mattes@giga-hamburg.de, Website: <http://staff.giga-hamburg.de/mattes>.

Sören Scholvin studiert Geographie, Politische Wissenschaft, Neuere und Mittlere Geschichte und Islamwissenschaft an der Universität Hamburg und arbeitet als Praktikant am GIGA.

E-Mail: soeren_scholvin@lycos.de.

■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Das GIGA führt das umfangreiche Forschungs- und Netzwerkprojekt „Regionale Führungsmächte in Afrika, Asien, Lateinamerika und dem Nahen und Mittleren Osten“ durch, das vom Senat der WGL im Rahmen des Paktes für Forschung zur Förderung empfohlen wurde.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Erdmann, G. (2007): Südafrika – afrikanischer Hegemon oder Zivilmacht?, GIGA Focus Afrika, Nr. 2.

Flemes, D. (2006): Urananreicherung im Hinterhof: Brasiliens Nuklearpolitik und die USA, GIGA Focus Lateinamerika, Nr. 6.

Flemes, D. (2007): Brasilien – Regionalmacht mit globalen Ambitionen, GIGA Focus Lateinamerika, Nr. 6.

Nolte, D. und Stolte, C. (2007): Machtressource Bioenergie: Eine neue strategische Partnerschaft zwischen Brasilien und den USA, GIGA Focus Lateinamerika, Nr. 3.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der *GIGA Focus Global* wird vom GIGA redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Joachim Betz; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien

IMPRESSUM